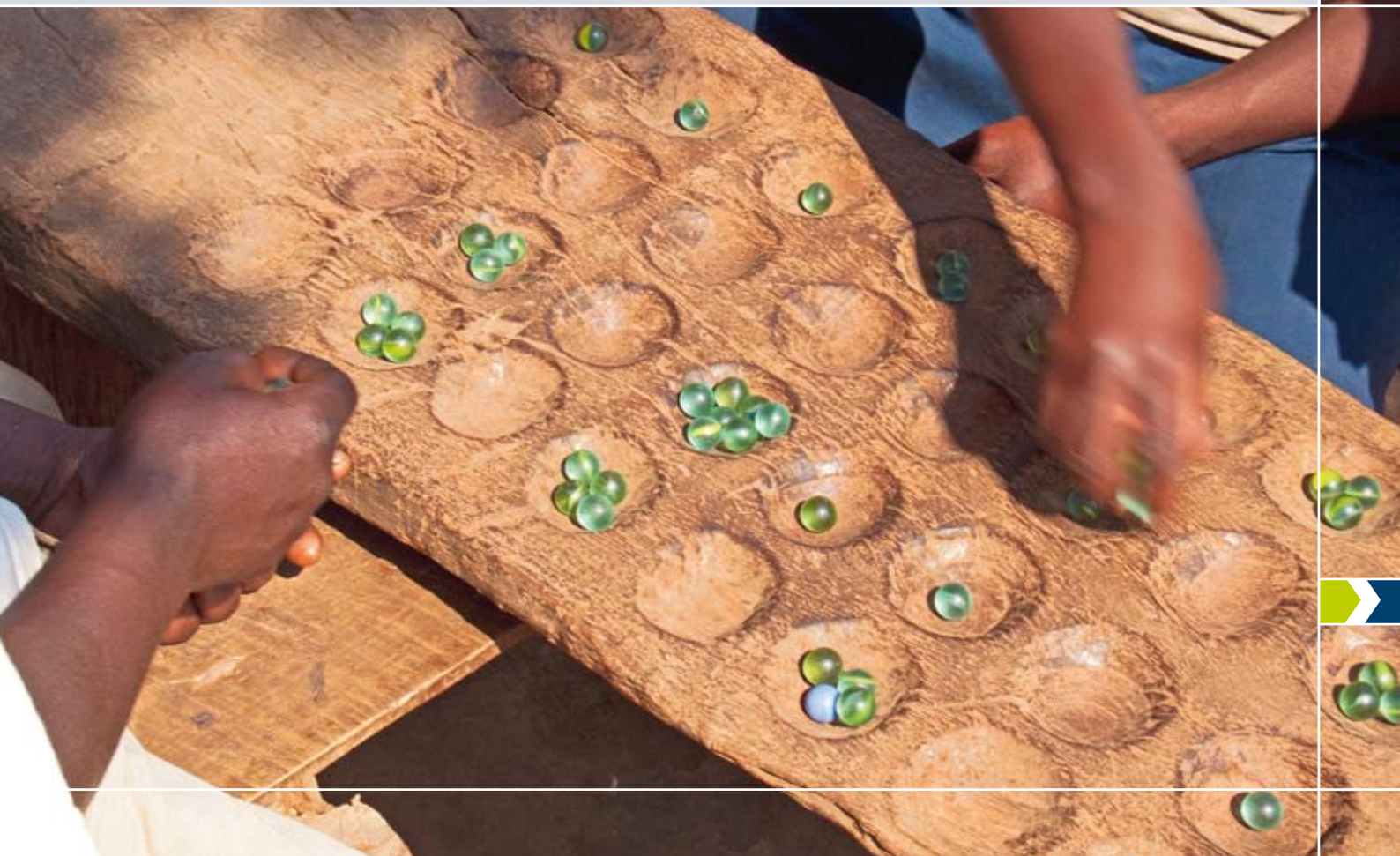


Berichte 2011-2012

Entwicklung für Frieden



FriEnt

Die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) ist ein Zusammenschluss von neun staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen. Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben.

Die FriEnt-Mitglieder eint ihr Engagement für Frieden und Entwicklung. Sie unterscheiden sich jedoch in ihrer Größe, in ihrem Auftrag, in ihrem Partnerfeld im Ausland und in ihren Projekt- oder Arbeitsansätzen. Diese vielfältigen Perspektiven und Erfahrungen wollen sie für eine gemeinsame und produktive Auseinandersetzung mit den Themen Frieden und Entwicklung nutzen.

Die Mitglieder von FriEnt sind:
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst |
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ) | Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) |
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
(GIZ) GmbH | Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) | Katholische
Zentralstelle für Entwicklungshilfe / Misereor | Konsortium
Ziviler Friedensdienst | Plattform Zivile Konfliktbearbeitung /
Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) | Zentrum für
Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

Impressum

© Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)
c/o Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ)
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn

Tel. +49 228 535 3259
Fax +49 228 535 3799

info@frient.de
www.frient.de
www.twitter.de/FriEnt_news

Redaktion: Marc Baxmann, Natascha Zupan (V.i.S.d.P.)
Assistenz: Laura Sahm

Autorinnen und Autoren:
Marc Baxmann, Anja Justen, Caroline Kruckow, Christine Meissler,
Marius Müller-Hennig, Bodo Schulze, Sylvia Servaes, Angelika
Spelten, Natascha Zupan

Layout: Claudia Oly
Bildrecherche: picture worx / Monika Bergmann
Druck: dieUmweltDruckerei GmbH
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier
Auflage: 1.500 Exemplare

Titelbild:
Mancala – ein komplexes Strategiespiel; Foto: Gary Grossman/flickr
Bilder Seite 2-3 v.l.n.r.:
Thomas Ecke/photothek (3x), Sven Reuter, Sandra Then

Hinweis:
Die Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der FriEnt-Mitglieder wieder. Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit weitestgehend die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

Bonn, Juli 2013

Inhalt

- 2 | Vorwort: Ein gemeinsamer Raum für Frieden und Entwicklung
- 3 | Editorial: Friedensarbeit auf gut Glück?

Veränderung begleiten

- 4 | Transformation im langen Schatten der Gewalt
- 6 | Die arabische Welt im Umbruch: Zentrale Rolle der Zivilgesellschaft
- 8 | Stiller Begleiter: Die UN können Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Wandel schaffen
- 10 | Südkaukasus: Konflikte zwischen Bewegung und Stillstand
- 11 | Prävention in Zeiten des Wandels

Wirkung erhöhen

- 12 | Komplex wie die Wirklichkeit: Wirkungsmessung in der Friedensarbeit
- 14 | Konflikt und Fragilität: Herausforderungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit
- 16 | Kernkompetenz für wirksame Konflikttransformation
- 17 | Gemeinsam wirksamer: Transitional Justice und Entwicklung

Verankerung unterstützen

- 18 | Entwicklungspolitische Friedensarbeit: Wechselvolle Karriere – Rosige Zukunft?
- 20 | Bildung: Ambivalente Schlüsselrolle für Entwicklung und Frieden
- 22 | Land als Friedensressource? Menschenrechte und Konfliktbearbeitung im Fokus
- 23 | Kolumbien: Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit und Frieden

- 24 | Kommunikation: Vielfalt im Blick
- 25 | FriEnt im Detail



Ein gemeinsamer Raum für Frieden und Entwicklung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

zivilgesellschaftliche Akteure stehen in vielen Ländern unter Druck. Ihre Handlungsspielräume werden immer häufiger eingeschränkt. Dabei sind sie unerlässlich, um die enormen Herausforderungen im Bereich Friedensförderung und Krisenprävention zu bewältigen: In komplexen Konfliktsituationen gibt es keine Standardlösungen, die wie Puzzleteile ineinander passen. Stattdessen sind mehr Flexibilität und Kooperation gefordert. Maßnahmen auf der individuellen Ebene müssen mit Maßnahmen auf breiter gesellschaftlicher Ebene verbunden werden. Gesellschaftliche Konflikte dürfen in politischen Aushandlungsprozessen nicht ignoriert werden. Staatliche Schutzverantwortung muss ebenso gefördert werden, wie Freiräume für zivilgesellschaftliches Handeln. Nur so kann auch das Vertrauen zwischen Staat und Gesellschaft – ein wichtiger Baustein für Frieden und Entwicklung – gestärkt bzw. wiederhergestellt werden.

Aber nicht nur in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern ist die Stärkung konstruktiver Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft wesentliche Voraussetzung für Frieden und Entwicklung. Auch in unserem Handlungsfeld bildet eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft die Basis für effektives Handeln. Denn Vertrauen bedeutet auch, Gegensätze und Kritik zuzulassen. Die Arbeitsgemeinschaft bietet uns hierfür vielfältige Dialogräume. Das persönliche Gespräch im FriEnt-Lenkungsausschuss kann dabei genauso wichtig sein, wie der fachliche Austausch bei einer der zahlreichen FriEnt-Veranstaltungen.

Wir sehen die Arbeitsgemeinschaft daher als unseren gemeinsamen Raum für Frieden und Entwicklung. Das heißt für uns ganz konkret:

- Die Mitglieder stärken über ihre Mitgliedschaft bei FriEnt den Stellenwert und die Sichtbarkeit des Politikfelds in seiner Gesamtheit – gerade aufgrund ihrer Vielfalt.
- FriEnt ermöglicht die Entwicklung von neuen Ideen und den Austausch von Erfahrungen. Damit leistet FriEnt wertvolle Beiträge für die konzeptionelle Weiterentwicklung von Krisenprävention und Friedensförderung.
- FriEnt ist nicht nur für die Mitglieder Ansprechpartner bei allen Fragen rund um die Verknüpfung von Entwicklungszusammenarbeit mit Friedensförderung.
- Bei FriEnt gelingt der Brückenschlag zwischen Frieden und Entwicklung, zwischen Staat und Zivilgesellschaft und zwischen Wissenschaft und Praxis.
- In immer komplexeren Konfliktsituationen ist es notwendig, auf mehreren Ebenen gleichzeitig anzusetzen – FriEnt schafft durch die Vernetzung dafür die Basis.
- FriEnt eröffnet den Raum, um unterschiedliche Perspektiven aus den Partnerländern in den Dialog einzubeziehen.

In diesem gemeinsamen Raum wollen wir uns aber nicht verstecken. Im Gegenteil: Entwicklungspolitische Friedensarbeit muss mit anderen Bereichen, wie Demokratieförderung, Menschenrechtsarbeit, Gesundheit, Bildung, Wirtschaftsförderung oder ländliche Entwicklung verknüpft werden. Gemeinsam wollen wir uns in Zukunft verstärkt darum bemühen, solche „Silos“ zu überbrücken und mit unterschiedlichen Akteuren ins Gespräch kommen.

Berlin, Juli 2013

Christine Toetzke

Christine Toetzke,
BMZ

Vorsitzende des FriEnt-Lenkungsausschusses

W. H. - l

Dr. Wolfgang Heinrich,
Brot für die Welt



Friedensarbeit auf gut Glück?

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei ereignisreiche Jahre liegen hinter dem FriEnt-Team. War 2011 geprägt von den vielfältigen Aktivitäten im Rahmen unseres 10-jährigen Jubiläums, haben wir uns 2012 den dabei identifizierten Herausforderungen gewidmet und aktuelle Trends aufgegriffen. Gerade auf internationaler Ebene gab es in den letzten beiden Jahren einen starken Schub für die Verknüpfung von Frieden und Entwicklung. Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank und der New Deal for Engagement in Fragile States sind nur die prominentesten Beispiele. Und es gibt berechnete Hoffnung, dass auch die Post-2015-Agenda die Friedensdimension aufnimmt.

Diesen Entwicklungen haben wir in unserer Schwerpunktsetzung der letzten beiden Jahre Rechnung getragen. So stand im Rahmen unseres 10-jährigen Jubiläums das Potential „klassischer“ entwicklungspolitischer Sektoren für Friedensförderung und Krisenprävention im Mittelpunkt. Denn ungleiche Zugänge zu wirtschaftlichen Ressourcen oder sozialen Dienstleistungen sind häufig Ursache von Gewaltkonflikten. Insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Land haben wir mit unseren Mitgliedern nochmals genauer hingeschaut und Potentiale für präventive und friedensfördernde Wirkung identifiziert.

Apropos Wirkung: Auch an uns ging der Wirkungsdiskurs nicht vorbei. Welche Wirkung wollen wir wo erzielen? Wie wollen wir sie erreichen? Wo liegen unsere Grenzen? In einem gemeinsamen Prozess beschäftigen sich Team und Mitglieder derzeit mit diesen Fragen. Thematisch haben wir uns den spezifischen Anforderungen an Wirkungsbeobachtung in der Friedensarbeit und den internationalen Wirkungsdiskursen gewidmet. Dennoch bleibt es ein langer Weg vom Lernen zur Umsetzung. Wie lang und steinig wiederum

der Weg gesellschaftlicher und politischer Transformation ist, zeigen uns derzeit nicht nur die Länder des „arabischen Frühlings“.

„Veränderung begleiten“, „Wirkung erhöhen“, „Verankerung stärken“ – die Schwerpunktthemen der vorliegenden „Berichte 2011-2012“ greifen diese Trends auf und beleuchten sie aus unterschiedlichen Perspektiven.

Langsam aber sicher setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir angesichts komplexer Konflikt- und Postkonfliktsituation mit linearem Denken nicht weiterkommen. Statt jedoch Friedensarbeit alleine „dem glücklichen Zufall“ zu überlassen, sind systemische, langfristige und kooperative Ansätze gefragt, in denen Friedensförderung nicht isoliert betrachtet werden kann. Aber was bedeutet diese Erkenntnis für die Begleitung von Transformationsprozessen, für die Beobachtung und Beurteilung von Wirkung und für die Arbeit in klassischen entwicklungspolitischen Sektoren? Diese Fragen ziehen sich als roter Faden durch die „Berichte 2011-2012“. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, gängige Paradigmen im Dialog mit Partnern zu hinterfragen. Ihre Einschätzungen und ihre Expertise sind zentral für das Gelingen entwicklungspolitischer Friedensarbeit. So berichten Partner und unsere Mitglieder von Ihren Erfahrungen, beschreiben Herausforderungen und geben Einblicke in Ihre Arbeit. Ihnen allen gilt unser besonderer Dank!

Das FriEnt-Team wünscht Ihnen eine anregende Lektüre!

Natascha Zupan
Leiterin FriEntTeam

Marc Baxmann
Kommunikation



Transformation im langen Schatten der Gewalt

➤ Veränderung begleiten

Veränderung geschieht in den seltensten Fällen konfliktfrei. Dies gilt für kleine Entwicklungsfortschritte ebenso wie für große gesellschaftspolitische Umwälzungen. Machtverhältnisse verschieben sich, neue Eliten und Ideen betreten die Bühne, gleichzeitig gibt es Beharrungskräfte. Nicht nur die arabische Welt befindet sich im Wandel, auch im Südkaukasus kann man trotz Stillstand bei den politischen Verhandlungen Bewegung auf gesellschaftlicher Ebene sehen. Kenia und Nepal haben hingegen zähe politische Reformprozesse zu bewältigen. Bei aller Vielfältigkeit dieser Prozesse stand für FriEnt in den letzten beiden Jahren die Frage im Mittelpunkt, wie externe Akteure diese komplexen Transformationsprozesse konstruktiv begleiten können.

Im August 2011 legte der aus den Reihen der Maoisten neu gewählte nepalische Premierminister Baburam Bhattarai ein ehrgeiziges Aktionsprogramm vor, das innerhalb von 45 Tagen den Entwurf einer Verfassung, die Integration der Ex-Rebellen in die Armee, Amnestien und die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission vorsah. Wie schon etliche Male zuvor geriet diese Initiative jedoch in das endlose Getriebe parteipolitischer Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe. So bleiben die Hoffnungen auf mehr politische Teilhabe, Chancengleichheit und wirtschaftliche Perspektiven für viele Menschen über einen langen Zeitraum trotz Friedensvertrag unerfüllt. Dabei bietet das Ende von Gewalt oder autoritärer Herrschaft die Chance eines Neuanfangs – die „Stunde Null“ scheint prädestiniert für umfassende politische Reformprozesse und gesellschaftliche Veränderungen.

Doch eine „Stunde Null“ gibt es in den seltensten Fällen. Krieg zerstört Infrastruktur, Humanität und Vertrauen als

Basis gesellschaftlichen Zusammenlebens, gleichzeitig bleiben jedoch die „materielle Landkarte“ mit Zentrum und vernachlässigter Peripherie, soziale Hierarchien und Geschlechterrollen bestehen. Eine besondere Herausforderung ist die Kontinuität von Eliten auf allen Seiten der Konfliktparteien: Ob in Nepal, Aceh, dem Südsudan, Nordirland oder Mazedonien – immer wieder gelangen bewaffnete Widerstandsbewegungen durch Verhandlungs- und Friedensprozesse in Regierungsverantwortung. Als neue politische Eliten gehen sie entweder Koalitionen mit den alten Eliten und ehemaligen Gegnern ein oder übernehmen alleinige Verantwortung.

„Legacies of Violence“ als Kernherausforderung für Konflikttransformation

Die alten Handlungslogiken verschwinden jedoch nicht von heute auf morgen und bergen als „Legacies of Violence“ viele

Risiken für politische und gesellschaftliche Transformationsprozesse. FriEnt hat sich in einem Fachgespräch diesem riskanten Erbe der Gewalt gewidmet. Dabei zeigte sich, dass es wertvolle praktische Erfahrungen gibt, die Orientierung im Umgang mit den neuen Eliten bieten können:

- **Charakteristika beachten:** Ehemalige Widerstandsbewegungen schöpfen ihr Selbstverständnis aus dem auch gewalttätig geführten Widerstand gegen staatliche Autorität. Freund-Feind-Schemata, ausgeprägte Loyalitäten, Misstrauen und Abschottungstendenzen gegenüber Außenstehenden spielen eine zentrale Rolle. Widerstandsbewegungen sind nicht homogen und es besteht die Gefahr der internen Zersplitterung und Radikalisierung einzelner Gruppen. Nach „erfolgreichem Kampf“ erwarten sie politische und ökonomische Gewinne, gleichzeitig haben sie kaum Erfahrung in Regierungs- und Verwaltungsarbeit. Externe Akteure müssen Zugänge und Vertrauen, vorhandene Kapazitäten bzw. etwaige



Kompetenzasymmetrien in Regierungskoalitionen sehr genau in den Blick nehmen.

- **Militärische Strukturen und Patronagesysteme transformieren:** Militärische Kommandostrukturen bleiben auch nach Friedensschluss bestehen. Zu Beginn eines Prozesses wirken eben diese Strukturen stabilisierend – mittel- bis langfristig müssen sie jedoch überwunden werden. Das gilt auch für Patronagesysteme. Allerdings gestalten sich diese sehr viel komplexer und sind für Außenstehende schwer zu durchschauen. Als Erbe der Kriegsökonomie sind sie von Eigeninteressen, Loyalitäten und Verbindungen zur organisierten Kriminalität geprägt. Es müssen Prozesse unterstützt werden, die es ermöglichen, dass ehemalige Widerstandsbewegungen den Staat nicht als „Beute“ verstehen, sondern dem Allgemeinwohl verpflichtet sind.
- **Das Gesamtsystem betrachten:** Die meisten „Legacies of Violence“ – Demokratiedefizite, die Aufarbeitung und öffent-

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt erarbeitet Handlungsoptionen für die konstruktive Begleitung von komplexen Transformationsprozessen. Unter anderem in einer Reihe von Veranstaltungen:

Die Rolle der Wirtschaft im nepalischen Friedensprozess (März 2011)

Parteienproliferation und Verfassungsgebung in Nepal (September 2011)

„Legacies of Violence“ und die Arbeit mit „neuen“ Eliten in Postkonfliktsituationen (Juni 2012)

Nepal: Mit welchen Partnern und Ansätzen ist gesellschaftlicher Wandel möglich? (Oktober 2012)

liche Anerkennung vergangenen Unrechts, Kriegsökonomie und Patronagesysteme – betreffen natürlich nicht nur ehemalige bewaffnete Widerstandsbewegungen, sondern auch die alten Eliten.

- **Geberkoordination bleibt zentral:** Geberkoordination und Arbeitsteilung sind in der Zusammenarbeit mit neuen Eliten angesichts des komplexen Kontextes, der begrenzten Kapazitäten ehemaliger Rebellen und der Sensibilität des Timings von großer Bedeutung.

„Glaubwürdigkeit und Transparenz sind gefragt“

Interview mit Dr. Sina Schüssler, Plattform ZKB

Was ist der Plattform bei der Unterstützung von friedlichen Transformationsprozessen wichtig?

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass der Frieden in anderen Ländern mit uns zu tun hat und dass wir hier in Deutschland einen Beitrag dazu leisten können. Deswegen begleiten wir die deutsche Außenpolitik mit einem kritischen Blick und treten für eine verantwortungsvolle Migrations-, Rüstungsexport- und Umweltpolitik ein. Als Plattform geben wir auch kleineren Organisationen eine Stimme und können gemeinsam entwickelten friedenspolitischen Positionen ein Gewicht verleihen.

Die letzte Jahrestagung der Plattform hat diese Themen unter dem Stichwort „Friedenslogik“ aufgegriffen – aber auch über Herausforderungen der Praxis vor Ort diskutiert. Zu welchen Ergebnissen ist man dabei gekommen?

Deutlich wurde, dass Glaubwürdigkeit und Transparenz wichtige Voraussetzungen sind, um vor Ort Veränderungen zu begleiten. Ein Großteil unserer Mitglieder setzt sich für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen ein – für den „Frieden von unten“. Dabei bleibt es eine Herausforderung, auf politische Rahmenbedingungen und staatliche Institutionen in einem Land einzuwirken. Schließlich stelle ich bei meiner Arbeit zu Myanmar fest, dass sich schnell ein offizielles Meinungsbild etabliert und mehr Zeit notwendig wäre, um unterschiedliche Perspektiven wahrzunehmen und Alternativen zu entwickeln.



Die arabische Welt im Umbruch: Zentrale Rolle der Zivilgesellschaft

Die tunesische „Jasminrevolution“ hat eine Welle des Umbruchs in der arabischen Welt ausgelöst. So sehr sich der Ruf nach demokratischem Wandel, Teilhabe und besseren Lebensperspektiven in vielen Ländern ähnelte, so unterschiedlich gestaltet sich das Bild heute: Das Spektrum reicht von gewaltfreien oder gewaltsamen Regimestürzen, wie in Tunesien und Libyen, über sozioökonomische und politische Reformen innerhalb bestehender Systeme, wie in Marokko, bis hin zu fortdauernder Repression und eskalierter Gewalt in Syrien. Welchen Weg Ägypten nach der Absetzung des gewählten Präsidenten durch das Militär nehmen wird, ist ungewiss.

In allen Ländern hat die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle gespielt und in zunächst lose organisierten Gruppen die Proteste initiiert. Schnell übernahmen sie unterschiedliche Funktionen: auf lokaler Ebene boten sie Schutz vor gewaltsamen Übergriffen, haben Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit geleistet und Basisdienstleistungen erbracht. Das hohe Maß an Mut, Kreativität und Selbstorganisation, nicht zuletzt in sozialen Netzwerken, hat viele überrascht und im Westen zu einem Umdenken über „die“ arabische Welt geführt.

Doch wie sich in Tunesien und insbesondere Ägypten zeigt, folgen die eigentlichen Herausforderungen erst nach dem Regimewechsel. Jahrzehnte der Repression haben wenig bis gar keinen Raum für politische Artikulation, Partizipation, Konsensfindung und politische Kompromissbereitschaft gelassen. Dies muss erst eingeübt werden, und zwar auf allen Seiten und unter erschwerten Bedingungen. Die neu gewählten Regierungsvertreter sehen sich alten Eliten in Verwaltung, Justiz und Wirtschaft gegenüber, die verfassungsgebenden Prozesse gestalten sich schwierig. Säkulare, religiöse und fundamentalistische Kräfte kämpfen um

politischen Einfluss, aber auch um gesellschaftliche Normen und Narrative. Gleichzeitig sind die politischen Rahmenbedingungen, administrativen Abläufe und Ansprechpartner häufig noch unklar – und damit auch die Möglichkeiten und Grenzen für zivilgesellschaftliches Engagement. Bei all dem ist die Wirtschaftslage desaströs, eine materielle „Demokratiedividende“ ist für die Menschen aufgrund der anhaltenden politischen Unsicherheit in weite Ferne gerückt.

Die Liste der Herausforderungen ist also lang und es stellt sich die Frage, wie externe Akteure die Veränderungsprozesse wirksam unterstützen können. In vielerlei Hinsicht greifen herkömmliche Rezepte westlicher Geber nicht. Dies beginnt mit der finanziellen Förderung: Bewegungen und lose organisierte Gruppen besitzen selten die von Gebern geforderten Strukturen. Wie erreicht man sie also – und wollen sie überhaupt erreicht werden? Schließlich kann eine Förderung durch westliche Akteure aufgrund von Glaubwürdigkeitsdefiziten in den arabischen Gesellschaften die Anliegen von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort auch schwächen. Kultur und Sprache erschweren darüber hinaus die Zugänge. Gleichzeitig erwächst ihnen eine finanzielle und normative Konkurrenz durch die starke Förderpräsenz der Golfstaaten.

Westliche Geber müssen sich also mehr denn je ihrer Begrenzungen, der möglichen negativen Folgen ihrer Förderpraxis und vergangener Unzulänglichkeiten bewusst werden. Ebenso wichtig ist es, Rolle und Verfasstheit „der Zivilgesellschaft“ in den jeweiligen Ländern besser zu verstehen: Welche gesellschaftspolitische Basis, Resonanz und Gestaltungsmöglichkeiten besitzen die Partner? Wo bestehen Allianzen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und politischen Eliten, wo gibt es Konflikte? Gibt es „weaver“, Persönlichkeiten die Integrität besitzen und unterschiedliche

Positionen zusammenführen können? Je nachdem wie die Antwort ausfällt, müssen andere Aspekte unterstützt werden. Zentral bleibt jedoch, keine Blaupausen anzulegen.

Eine höhere Bedarfs- und Kontextorientierung ist wichtig, um differenzierte kurz- und langfristige Förderinstrumente zu entwickeln und zum Beispiel zivilgesellschaftliche Organisationen in dem Prozess zu begleiten, Rollen und Handlungsoptionen für sich zu identifizieren. Auch täten internationale staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure gut daran, gemeinsam durch politischen Dialog und öffentlichen Druck für angemessene NRO-Gesetzgebungen einzutreten. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass die Zivilgesellschaft auch weiterhin eine politische und gesellschaftliche Rolle spielen wird.



↗ Eingehüllt in die tunesische Flagge: Demonstrantin in Tunis.
Foto: Holly Pickett/The New York Times/Redux/laif

„Wir stehen erst am Anfang“

Amine Ghali von der GIZ-Partnerorganisation Al Kawakibi Democracy Transition Center (KADEM) über die Herausforderungen für Transitional Justice in Tunesien.

Die Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen ist ein wichtiger Aspekt des Demokratisierungsprozesses in Tunesien. Wo muss hierbei angesetzt werden – und was sind die Herausforderungen?

In Tunesien gibt es aufgrund der 40-jährigen Diktatur sehr unterschiedliche Opfergruppen: Ehemalige politische Gefangene, eine große Anzahl von Opfern, deren wirtschaftliche und soziale Rechte verletzt wurden, Opfer der Revolution und Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit oder ihrer

FriEnt-Aktivitäten

Im Rahmen des Rundtischs Nahost haben sich die FriEnt-Mitglieder unter anderem mit der Rolle und den Herausforderungen zivilgesellschaftlicher Akteure nach den Umbrüchen in der arabischen Welt und der Förderpraxis westlicher Geber beschäftigt. Themen der Veranstaltungen waren:

Der Human Rights-Approach in Palästina (April 2011)

Ägypten im Umbruch – Herausforderungen für zivilgesellschaftliche Akteure (Mai 2011)

Soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe? Welchen Beitrag kann Transitional Justice in Tunesien und Ägypten leisten? (März 2012)

Challenges in Transition: Herausforderungen für die Zivilgesellschaft in der MENA-Region (August 2012)

Berufswahl eingeschränkt wurden. Wir sind also mit verschiedenen Interessen und Bedürfnissen konfrontiert und es besteht noch kein nationaler Konsens über die Prioritäten von Transitional Justice Maßnahmen.

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft im Aufarbeitungsprozess – und was tut die Regierung?

Die Zivilgesellschaft hat den Prozess initiiert. Wir haben 2011 für das Thema sensibilisiert und den Großteil der Expertise gestellt. Nun sind wir im Dialog mit dem Ministerium für Menschenrechte und Transitional Justice. Nationale Konsultationen wurden abgehalten, und wir haben in einem partizipativen Prozess ein Gesetz zu Transitional Justice entworfen. Aber wir stehen erst am Anfang. Der politische Wille der Regierung muss weiterhin unparteiisch und unvoreingenommen bleiben. Hier spielt die Zivilgesellschaft als „watchdog“ eine bedeutende Rolle.

Wie können internationale Akteure den Prozess in Tunesien unterstützen?

Externe Akteure können technische Expertise bereitstellen oder finanzielle Unterstützung leisten, jedoch nur in begrenztem Maß und neutral, sonst wird die nationale Ownership untergraben. Wichtig ist es, dass die internationale Gemeinschaft den Prozess beobachtet. Sie sollte offiziellen Stellen oder Transitional Justice Institutionen keinen Blanko-Check ausstellen, sondern zuhören und mit allen Akteuren zusammenkommen – mit Befürwortern wie Gegnern des Prozesses.



Stiller Begleiter: Die UN können Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Wandel schaffen

Die Zahl der Akteure, die an der Schnittstelle von Entwicklung und Frieden gesellschaftliche Transformationsprozesse zur Überwindung von Konflikt und Gewalt unterstützen, nimmt beständig zu. Strukturierte Kooperation und die vielfach beschworenen Synergieeffekte werden wesentlich häufiger gefordert als realisiert. In diesem zunehmend komplexen Akteursumfeld spielen die Vereinten Nationen (UN) eine zentrale Rolle. Sowohl konzeptionell-strategisch als auch operativ – in Missionen und Projekten weltweit – arbeiten die Organe der UN intensiv an thematischen Fragen und regionalen Konflikten.

Gleichzeitig hat das Interesse für Entwicklungen auf UN-Ebene in Deutschland in den letzten Jahren eher abgenommen. Während einzelne Prozesse, wie die nationale Implementierung der Resolution 1325 oder die Diskussion um die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, RtoP), hohe Aufmerksamkeit erlangten, fanden wichtige institutionelle und konzeptionelle Entwicklungen vergleichsweise wenig Resonanz. Dies ist bedenklich, da die UN gerade aufgrund ihrer globalen Präsenz, ihrer universellen staatlichen Mitgliedschaft und der langjährigen Erfahrung in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ein besonderes Potential hat, die Effektivität von Friedensförderung zu erhöhen.

Vor diesem Hintergrund hat FriEnt zwei wesentliche Entwicklungen auf UN-Ebene thematisiert. Der erste Blick galt der Weiterentwicklung der UN-Architektur für Friedensförderung – bestehend aus der Peacebuilding Commission (PBC), dem Peacebuilding Fund und dem Peacebuilding Support Office. Die internationale Aufmerksamkeit für diese 2005 etablierten Strukturen hat schnell nachgelassen. Auch im Zuge ihrer ersten Überprüfung – die 2010 unter deutscher Präsidentschaft vollzogen wurde – kam es zu keinem neuen Momentum für die Stärkung und Weiterentwicklung. Dabei bieten

die dort gesammelten Erfahrungen interessante Ansatzpunkte und Kooperationspotentiale auch für deutsche Akteure und ihre Partner vor Ort.

Während zumindest die Kritik an der mangelnden Wirksamkeit der PBC noch ein bescheidenes Echo fand, blieb die durch Generalsekretär Ban Ki Moon schrittweise vorgenommene Stärkung der UN-Hauptabteilung für politische Angelegenheiten (Department for Political Affairs, DPA) weitgehend unterhalb des Radars. Dabei ist die Akzentuierung der Rolle von DPA im Bereich präventiver Diplomatie und die Zunahme der DPA-geführten „politischen Missionen“ sowohl in operativer als auch in konzeptioneller Hinsicht eine der entscheidenden Entwicklungen auf UN-Ebene. Dies wurde nicht zuletzt auch mit dem Bericht des Generalsekretärs „Preventive Diplomacy – Delivering Results“ vom August 2011 deutlich.

Friedensförderung und präventive Diplomatie stehen zudem im Schatten der öffentlichkeitswirksamen Friedensmissionen. Dabei sind Aktivitäten in diesen Bereichen gut geeignet, Transformations- und Veränderungsprozesse konstruktiv zu begleiten und bieten viele Anschlussmöglichkeiten für staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure. Aber auch die Reformbemühungen der Blauhelm-Missionen bieten Anknüpfungspunkte. Trotz verschiedener Reforminitiativen – nach 2000 auf Basis des Brahimi Reports und nach 2009 im Rahmen des New Horizon Prozesses – konstatierte Peter Schumann anlässlich der Podiumsdiskussion zum UN-Friedenstag 2011, dass UN-Missionen heute immer mehr dazu tendieren, fertige Musterlösungen zur Konfliktbearbeitung anzubieten, anstatt einen Rahmen zu schaffen, innerhalb derer die Konfliktparteien Lösungen aushandeln können. Eine Kritik, die auch seitens deutscher Akteure wiederholt geäußert wurde und die in zukünftige Reformprozesse einfließen muss.

„Immer mehr mit immer weniger Mitteln“

Interview mit Volker Lehmann, FES New York

Sie verfolgen die Entwicklungen auf UN-Ebene für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Welche Prozesse im Bereich Friedensförderung haben die UN in den vergangenen Jahren am stärksten geprägt?

Auf der normativen wie auf der praktischen Ebene waren die UN in den letzten Jahren intensiv mit RtoP beschäftigt. Zwar konnten Anfang 2011 im Falle der vom Sicherheitsrat mandatierten Intervention in Libyen Massenverbrechen abgewendet werden, aber der Konflikt in Syrien zeigt die Grenzen dieses Konzeptes. Die Weiterentwicklung einer Norm wie RtoP reicht einfach nicht aus, starke Interessensgegensätze zwischen den globalen Mächten im Sicherheitsrat in einem schwerwiegenden Konflikt zu überwinden. Wichtige Debatten gab es außerdem zur Weiterentwicklung der Aufgaben von Blauhelmissionen sowie zur Rüstungskontrolle, die sich in den letzten Jahren auf einen Vertrag zur Kontrolle des Waffenhandels konzentrierte.

Wie nehmen Sie insgesamt die Rolle und das Engagement Deutschlands in den entsprechenden Prozessen wahr?

Deutschland hat 2010 den Vorsitz der Peacebuilding Commission inne gehabt und wichtige Verbesserungen erzielt. Unter anderem gelang es, das Verhältnis mit Weltbank und IWF zu institutionalisieren. Auch wurde unter deutschem Vorsitz die Stellung der Kommission innerhalb der UN gestärkt, was sich vor allem dadurch bemerkbar machte, dass deren Expertise vom Sicherheitsrat zunehmend geschätzt wurde, wenn es um die Mandatierung von Blauhelmeinsätzen und den Anteil der friedensbildenden Maßnahmen darin ging. Im Vergleich dazu war das Engagement Deutschlands im Bereich Krisenprävention weniger sichtbar. Deutschland war zwar Mitglied verschiedener Freundesgruppen (Krisenprävention und Mediation), hat sich aber letztendlich auch während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat vornehmlich auf EU-Positionen bezogen.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen in den kommenden Jahren? Welche Rolle könnten FriEnt und seine Mitglieder hier spielen?

„Immer mehr mit immer weniger Mitteln“ zu bewerkstelligen bleibt sicherlich die fundamentalste Herausforderung. Der Zusammenhang von Peacekeeping und Peacebuilding wird im Hinblick auf Kosteneinsparungen oftmals so verstanden, dass friedensbildende Maßnahmen und Krisenprävention billiger als Blauhelmeinsätze seien. Eine solche Rechnung tendiert aber dazu, die Dimension der notwendigen Ressourcen für Friedensförderung zu untertreiben und setzt damit ein fragwürdiges Signal. Wenn ein realistischer, jahrzehntelanger Zeithorizont für Transformation und nachhaltige Entwicklung zugrunde gelegt wird, ergibt sich ein beträchtlicher Ressourcenbedarf. Verkürzt sich die Aufmerksamkeit aber auf sogenannte freie Wahlen, wie in Somalia und demnächst in Mali, dann droht, dass UN-Missionen nur zu einem Aufschub der Gewalt führen, ohne die Fundamente für nachhaltigen Frieden zu legen.

FriEnt-Aktivitäten

Im Rahmen der Bonner Friedenstage organisiert FriEnt gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst seit mehreren Jahren eine öffentliche Podiumsdiskussion zu aktuellen und kontroversen Themen der Friedens- und Entwicklungspolitik. Themen der letzten Jahre waren:

Neuer Staat – endlich Frieden? Lehren des „Statebuilding“ vom Kosovo über Somaliland bis zum Südsudan (September 2011)

Verhandeln bevor es zu spät ist? Präventive Diplomatie 20 Jahre nach der Agenda für den Frieden (September 2012)

FriEnt zeigt seinen Mitgliedern Potentiale für die praktische Zusammenarbeit mit Institutionen aus dem UN-System auf und informiert über aktuelle Entwicklungen, unter anderem im Fachgespräch:

Die UN-Architektur für Friedensförderung (Oktober 2012)



► Dr. Sina Schüssler (Plattform Zivile Konfliktbearbeitung), Sebastian Einsiedel (UN), Antje Herrberg (MediatEUR) und Natascha Zupan (FriEnt) diskutieren anlässlich des UN-Friedenstags 2012 über präventive Diplomatie. Foto: Sandra Then

Eine weitere zentrale Herausforderung liegt im Verhältnis zwischen Mitgliedstaaten, den UN und einer wachsenden Zahl nationaler wie internationaler Nichtregierungsorganisationen, die sich in der Friedensförderung engagieren. Dabei geht es in erster Linie nicht um eine umfassende Koordination, sondern vielmehr um ein wechselseitiges Bewusstsein über die jeweiligen Potentiale und Grenzen. Auch in den Mitgliedstaaten muss ein besseres Verständnis der Rolle der UN verankert werden. FriEnt kann einen wichtigen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis sowie zu praktischem Austausch und zur Zusammenarbeit mit Akteuren des UN-Systems leisten. Hierin sehen wir auch seitens FES New York unseren besonderen Beitrag zur Arbeitsgemeinschaft.



Kontrollposten an der Grenze zu Bergkarabach.

Foto: gettyimages/Matthias Schumann

Südkaucasus: Konflikte zwischen Bewegung und Stillstand

Viele Dinge sind im Südkaukasus in Bewegung geraten, nicht zuletzt durch die Parlamentswahlen in Georgien und dem dadurch erfolgten Regierungswechsel. Die neue Regierung in Tiflis versprach einen Wandel in den Beziehungen zu Russland sowie eine veränderte Haltung gegenüber den Konfliktgebieten Abchasien und Südossetien. Zivilgesellschaftliche Akteure haben große Hoffnungen in den politischen Wandel gesetzt, der zu einer Erleichterung des Grenzregimes, neuen Formen der Zusammenarbeit mit Partnern aus den Konfliktregionen und einer Verbesserung der Ausgangslage für die Betroffenen führen sollte. Aber die Hoffnungen wurden enttäuscht: Weder die systematische Teilhabe zivilgesellschaftlicher Akteure, noch die Einbeziehung der vom Konflikt betroffenen Bevölkerungsgruppen und vor allem von Frauen in die Friedensverhandlungen hat sich vollständig durchsetzen lassen. Zudem führten Streitigkeiten über Statusfragen sowie Rückkehrrechte und Sicherheit für intern Vertriebene und Flüchtlinge zur Blockade der Verhandlungen.

Auch im Konflikt um Bergkarabach zwischen Aserbaidschan und Armenien schien ein Ende der Eiszeit in greifbarer Nähe – das Schmelzen des ehemals als eingefroren bezeichneten Konfliktes führte aber eher zu einer weiteren Klimaver-schlechterung zwischen den Konfliktparteien. In beiden Ländern stiegen die Rüstungsausgaben, die einerseits aus Einkünften aus der Erdölförderung, andererseits durch externe Geldgeber finanziert werden. Gleichzeitig erinnern die Kriegsrhetorik der politischen Führer sowie die zunehmenden Zwischenfälle an den Grenzlínen an die eskalierende Situation an den innergeorgischen Grenzen, die in den russisch-georgischen Krieg im August 2008 mündete. Auf allen Seiten wächst die Befürchtung, dass es im Streit um Bergkarabach zum verstärkten Einsatz militärischer Gewalt und zum erneuten Krieg kommen könnte. In die international begleiteten Friedensverhandlungen zwischen den beiden

FriEnt-Aktivitäten

Mit dem Rundtisch Südkaukasus strebt FriEnt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Komplexität und den wechselseitigen Beziehungen der Konflikte im Südkaukasus an. Themen der letzten Treffen waren:

Aserbaidschan: Ein bisschen Frieden? (Februar 2012)

Im Osten nichts Neues? Konfliktbearbeitung nach den Wahlen in Georgien (Dezember 2012)

Präsidenten setzen zivilgesellschaftliche Akteure kaum mehr Hoffnungen. Dagegen erwartet und erhofft man sich ein stärker auf Prävention angelegtes Engagement der EU, um mittelfristig zu einer Konfliktlösung zu kommen.

In dieser Situation ist konstruktive Konfliktbearbeitung gefragt denn je. Chancen liegen in der systematischen Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Programm- und Politikdialoge, in der Entwicklung von Kapazitäten, Demokratieförderung sowie regionsübergreifender Zusammenarbeit zwischen den drei südkaukasischen Ländern. Klaus Tanzberger, Länderreferent im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), stellt heraus: „Die grenzübergreifende Zusammenarbeit, wie sie im Rahmen der Kaukasusinitiative in Sektoren wie Naturschutz, Energie, Wirtschaftsförderung, Rechtsberatung und das Städtenetzwerk gefördert wird, zielt darauf ab, gemeinsame Interessen zu stärken und Begegnung zu fördern. Gleichzeitig kommt auf nationaler Ebene dem Aufbau demokratischer Institutionen, der kommunalen Entwicklung, der Förderung einer eigenständigen Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsarbeit eine wichtige Rolle zu. Solche Maßnahmen tragen dazu bei, eine Grundlage für ‚friedensfähige‘ Gesellschaften und regionale Konfliktminderung im Sinne guter Nachbarschaft zu schaffen.“



Politischer Wandel mit Gewaltrisiko in Kenia.
Foto: picture alliance/AP Photo

Prävention in Zeiten des Wandels

Eine frühzeitige Wahrnehmung und Bearbeitung von Konfliktpotenzialen kann dazu beitragen, eine Eskalation der Gewalt zu verhindern. Dementsprechend bemühen sich deutsche und internationale Akteure, langfristig angelegte Entwicklungszusammenarbeit konfliktensibel zu gestalten. Seit einigen Jahren findet entwicklungspolitische Friedensarbeit jedoch immer häufiger im Kontext tiefgreifender Transformationsprozesse statt. Zusätzlich zur langfristigen Friedensperspektive sind hier auch Strategien kurzfristiger Prävention erforderlich.

Denn gesellschaftliche Transformation ist ein Drahtseilakt und trägt das permanente Risiko zu scheitern und gewaltsam zu eskalieren. Formulieren politische Kontrahenten zu Beginn der Transformation meist noch gemeinsame Ziele, die den Aufbau legitimer und effizienter staatlicher Strukturen, demokratische Verfahren sowie eine gerechtere Verteilung staatlicher Ressourcen umfassen, treten im Zuge der Umsetzung jedoch die alten Interessengegensätze wieder zutage und heizen das gesellschaftliche Klima bedrohlich auf.

In Zeiten hoher politischer Dynamik braucht es daher neben der langfristigen Bearbeitung von Konfliktursachen auch Methoden, Ressourcen und Instrumente, um kurzfristig auftretenden Tendenzen gewaltsamer Eskalation entgegenzuwirken. Ausgangspunkt ist die Analyse potenzieller Zäsuren, Kumulationspunkte und sogenannter „Trigger-Faktoren“, die in bestimmten Phasen eines politischen Prozesses das Risiko gewaltsamer Unruhen deutlich erhöhen.

Im November 2011 begannen FriEnt und FES im Rahmen des Rundtisches Kenia den Prozess einer Szenarienanalyse. Kenianische Partner der FriEnt-Mitglieder benannten dabei zehn Faktoren, denen sie den größten Einfluss auf einen friedlichen oder gewaltsamen Verlauf der Wahlen zuschreiben. Darunter zum Beispiel das Verhalten des Präsidenten, das Auftreten

FriEnt-Aktivitäten

In Zusammenarbeit mit kenianischen Partnern analysiert der FriEnt-Rundtisch Kenia das Verhältnis zwischen der langfristigen Förderung politischen Wandels und den kurzfristigen Beiträgen zur Gewaltprävention. Themen waren bisher:

How will Kenya Move Forward – Speeding up Constitutional Reforms or Postponing Elections? (Mai 2011)

Sailing into Uncertainty – Preparations for the 2012 Elections (November 2011)

Hintergrundgespräch zur aktuellen politischen Situation in Kenia (Mai 2012)

Kenya beyond March 2013 (Oktober 2012)

und die Leistung der Wahlbehörden oder die Stabilität politischer Aushandlungsprozesse auf lokaler Ebene. Bis zum tatsächlichen Wahltermin im März 2013 wiederholte FriEnt in halbjährlichen Abständen die Szenarienanalyse und aktualisierte die Veränderung der Einflussfaktoren. Sowohl kenianische Partner wie auch deutsche Organisationen konnten aufgrund dieser Erkenntnisse laufende Maßnahmen vor Ort besser an die Herausforderungen kurzfristiger Krisenprävention anpassen.

Die Möglichkeiten der kurzfristigen Einflussnahme von außen dürfen dabei einerseits nicht überschätzt werden, andererseits wiesen Partner des Zivilen Friedensdienstes darauf hin, dass in angespannten Situationen bereits symbolische Gesten und Äußerungen von internationalen Partnern in positiver wie negativer Hinsicht Wirkungen erzielen können. Für die kritischen Tage der Präsidentschaftswahl empfahlen sie: „Wir wünschen uns von unseren internationalen Partnern, dass sie dazu beitragen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Verfassungsinstitutionen aufrecht zu halten. Nötig sind Respekt und das Anerkennen, dass neue Institutionen eine Lernkurve durchlaufen. Korrigiert sie, wo sie Fehler gemacht haben, aber untergrabt dabei nicht ihre Reputation in der eigenen Bevölkerung.“



Komplex wie die Wirklichkeit: Wirkungsmessung in der Friedensarbeit

➤ Wirkung erhöhen

Entwicklungspolitische Friedensarbeit ist kein Puzzle, bei dem man „nur“ die richtigen Teile an die richtige Stelle platzieren muss, um zu Lösungen zu gelangen. In Wirklichkeit ist das Bild wesentlich komplexer. Prozesse des sozialen Wandels verlaufen in den seltensten Fällen linear, sondern sind vielschichtig und unvorhersehbar. Der direkte Einfluss eines Entwicklungs- oder Friedensprogramms ist damit eher die Ausnahme als die Regel. Aber was hindert, was hilft wirklich bei der Erhöhung der Wirkung von Friedensarbeit? Welche internationalen Entwicklungen gibt es hier? Welche Veränderungen müssen bei externen Akteuren selber beginnen? Fast quer durch alle unsere Themenschwerpunkte standen diese Fragen auf der Tagesordnung.

Wir brauchen neue Lernräume jenseits etablierter Strukturen und Prozesse, größere Experimentierfreude mit alternativen Methoden und eine konsequentere Anwendung bestehender Standards. Jedenfalls behindert die bisherige Praxis wirkungsorientierter Arbeit entwicklungspolitische Friedensarbeit eher, als dass sie sie unterstützt. So das Fazit der beiden Workshops „Wirkungsorientierung und Wirkungsmessung in der Friedensarbeit“, die FriEnt gemeinsam mit dem Schweizer Kompetenzzentrum Friedensförderung/swisspeace in Bonn und Bern durchführte.

Die spezifischen Bedingungen von Konflikt- und Nachkriegssituationen stellen dabei die erste Herausforderung dar: komplex, hochpolitisch, emotional aufgeladen – und extrem dynamisch. „Man muss hier mit äußerstem Einfühlungsvermögen vorgehen“ – betont Pater Emmanuel Ntakirutimana, Direktor des Centre Ubuntu in Bujumbura im Gespräch. Denn Veränderungen verlaufen in einem solchen Kontext keines-

wegs linear, sondern sind von einer Vielzahl von miteinander verwobenen Faktoren abhängig und kaum vorhersagbar. In jedem Fall verliefen sie nicht „im europäischem Rhythmus“.

Aber was sind „gewünschte Veränderungen“? „Veränderungen sind in der Friedens- und Konfliktarbeit stark mit der subjektiven Wahrnehmung von Menschen verbunden. Die eigentliche Herausforderung ist dabei die Frage, welche Veränderungen tatsächlich einen Fortschritt für den Frieden bedeuten. Für Geberorganisationen ist dies nicht immer leicht nachzuvollziehen“, so Katharina Götte und Leila Broich von Misereor. „Deshalb ist bei der wirkungsorientierten Planung, beim Monitoring und bei der Evaluierung von Projekten aus dem Friedensbereich ein enger, fallspezifischer Dialog zwischen Zielgruppen, Projektmitarbeitern und -mitarbeiterinnen und Geberorganisationen besonders wichtig. Die Frage, wie dieser Dialog geführt werden kann und zum Wissen über Wirkungen und Prozesse er beitragen kann, sollte verstärkt diskutiert werden.“

Risiken und Nebenwirkungen

Umso wichtiger ist es, dass internationale Organisationen zusammenarbeiten und an den Schlüsselfaktoren von Fragilität und Konflikt ansetzen. Dazu gehört auch, kompetente und legitimierte Partner vor Ort zu unterstützen und eine größere Bereitschaft an den Tag zu legen, „Misserfolge“ zu akzeptieren und aus ihnen zu lernen: Notwendig ist eine neue Risiko- und Lernkultur.

„Es sollten nicht im Vorhinein nur Programme konzipiert und umgesetzt werden, die relativ einfach Wirkungen erzielen, damit aber häufig nur Symptome bearbeiten. Vielmehr sollten auch Projekte ausgewählt werden, die der Komplexität Rechnung tragen und an den Ursachen der Probleme ansetzen, damit können sie langfristig mehr erreichen. Oft bergen solche Vorhaben ein größeres Risiko zu scheitern“, so Elke Stumpf, GIZ, in ihrem Fazit im Anschluss an den



▲ Foto: Stéphane Bidouze/Fotolia.com

FriEnt/KOFF Workshop in Bonn. Und weiter: „Diesem Risiko kann man aber entgegenwirken – durch eine langfristige und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit starken Partnern, die Zusammenarbeit mit einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen, die Nutzung vielfältiger lokaler Zugänge, und – last but not least – ein erheblich stärkeres gemeinsames Agieren unterschiedlicher Ressorts.“

Wirkungsdebatte und Rechenschaftspflicht sind jedoch eng miteinander verbunden. Damit verschiebt sich das Gewicht auf „Kontrolle“ statt auf „Lernprozesse“. Dabei könnten letztere vielmehr dazu beitragen, einmal gemachte Erfahrungen in nächsten Schritten zu berücksichtigen. Drei Bereiche gilt es dafür zu berücksichtigen:

FriEnt-Aktivitäten

Gemeinsam mit dem Schweizer Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF)/swisspeace organisierte FriEnt zwei Workshops, die sich mit Chancen und Hindernissen der Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Friedensarbeit auseinandersetzen.

Impact Assessment in Peace Building: Specific Challenges, Specific Approaches? (Mai 2012)

- **Institutionelles Lernen:** Wie gelangen bereits bekannte Erfahrungen in die Praxis? Müssen dafür andere Ansätze erprobt und neue institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden?
- **Methoden:** Lineares Denken wird der Komplexität von Friedensprozessen nur bedingt gerecht. Systemische Ansätze und Analysemethoden wie Szenarienentwicklung oder „Most Significant Change“ müssen viel bewusster in den Organisationen eingeübt und angewandt werden.
- **Partnerbeziehungen:** Ergebnisorientierung ist auch eine Frage sozialer Beziehungen, einer „Lerngemeinschaft“ zwischen „Gebern“ und „Empfängern“. Dies ist umso wichtiger in (Post-)Konfliktsituationen, wo es um schwer durchschaubare und noch weniger vorhersehbare Situationen geht. „Peer Reviews“ oder Süd-Nord-Dialoge, die ein gleichberechtigtes Miteinander im Austausch über die jeweiligen Strategien und Praktiken vorsehen, könnten den Blick auf eine tatsächlich wirkungsorientierte Friedensarbeit lenken.

Zentral ist schließlich auch die Rechenschaftspflicht gegenüber den „Zielgruppen“, denn es ist ihre Situation, die sich durch die Arbeit der Organisationen positiv verändern soll. Dieser Aspekt findet sich auffälliger Weise nicht in der Wirkungsdebatte. Ohne sie riskiert jegliche Arbeit in (Post-)Konfliktsituationen jedoch „wirkungslos“ zu bleiben.

All dies unterstreicht einmal mehr die Notwendigkeit, die gängige Praxis zu hinterfragen. Meist wird sie mit dem Hinweis auf die „Rechenschaftspflicht“ begründet. Wenn dies jedoch bedeutet, Ansätze und Methoden anzuwenden, die der entwicklungspolitischen Friedensarbeit nur bedingt gerecht werden, und alle Akteure – einschließlich der Geber – sich dadurch eingeengt fühlen, ist es an der Zeit, Konzept und Praxis der „Wirkungsorientierung“ anzupassen, um den Erfordernissen und Gegebenheiten des Feldes gerecht zu werden – und damit eine bessere Wirkung zu erzielen.



Konflikt und Fragilität: Herausforderungen für wirksame Entwicklungszusammenarbeit

Wohl selten standen die Themen Konflikt und Fragilität im internationalen Diskurs zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit so sehr im Fokus wie heute. Grund dafür ist vor allem die Erkenntnis, dass als „fragil“ geltende Staaten die größten Schwierigkeiten bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) haben. Die gängige Geberpraxis ist daran nicht ganz unschuldig: So kommt die OECD 2011 zu dem Ergebnis, dass die Geberländer weit davon entfernt sind, die zehn vereinbarten Prinzipien für das internationale Engagement in fragilen Staaten zu beachten.

Eine Gruppe von fragilen Staaten hat sich daher im Rahmen des International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding mit internationalen Gebern zusammengesetzt und Ziele und Wege für das Engagement in fragilen Staaten neu definiert. Das Ergebnis ist ein New Deal for Engagement in Fragile States, den zahlreiche Staaten auf dem 4. Hochrangigen Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit Ende 2011 in Busan angenommen haben. In sieben Ländern wird der New Deal derzeit pilothaft umgesetzt. Regelmäßig durchgeführte Fragilitätsanalysen sollen zu einer gemeinsamen Zukunftsvision führen, die dann in einem gemeinsamen Plan und einer gemeinsamen Umsetzungsagenda konkretisiert werden soll. Fünf „Peacebuilding and Statebuilding Goals“ (PSGs) – zu denen inzwischen Indikatoren entwickelt wurden – sollen die Grundlage der Zusammenarbeit mit fragilen Staaten bilden:

- Legitime Regierungsführung und inklusive Konfliktbearbeitung,
- Sicherheit für die Bevölkerung,
- Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit,
- wirtschaftliche Grundlagen sowie
- gutes Management von staatlichen Einkünften und Dienstleistungen.

Trotz allem Enthusiasmus gab und gibt es auch Vorbehalte: So könnte der New Deal als Blaupause missverstanden werden und dazu verleiten, vorschnell Ergebnisse in langwierigen Transformationsprozessen zu erwarten. Auch ist vielfach noch unklar, in welchem Verhältnis die Fragilitätsanalysen zu anderen Instrumenten stehen und ob die vorgesehenen Strategien nicht ineffektive Parallelprozesse (zum Beispiel zur Entwicklung nationaler Armutsbekämpfungsstrategien oder zur Umsetzung von Friedensabkommen) verursachen.

Für die Teilnehmenden eines FriEnt-Workshops Anfang 2012 stand schnell fest, dass nicht die Ziele und Prinzipien an sich das innovative Element des New Deal sind. Sondern vielmehr, dass die fragilen Staaten selbst (trotz aller Vorbehalte gegen die Selbstbezeichnung als „fragil“) die Initiative ergriffen. Dieser „Geist“ des New Deal verpflichtet fragile Staaten stärker als je zuvor, auch politische Fragestellungen anzugehen.

Liefern müssen aber nicht nur fragile Staaten. Dr. Almut Wieland-Karimi, Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) hebt hervor, dass der New Deal das Potential hat, Denk- und Handlungsmuster der Geberländer aufzubrechen und anstatt der eigenen Schwerpunkte und Agenden die Perspektiven und Kapazitäten vor Ort angemessen zu berücksichtigen: „Der New Deal verpflichtet dazu, die vor Ort durchgeführten Analysen als Ausgangspunkt zu nehmen und unsere Unterstützung am Bedarf auszurichten. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht zu unkritisch werden und müssen uns fragen, welche Rolle wir als externer Akteur in fragilen und von Konflikten betroffenen Staaten spielen, welche Ziele wir verfolgen und welche Allianzen wir eingehen können und müssen. Dass der New Deal die Einbeziehung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung der Bedürfnisse vor Ort ausdrücklich auf die Agenda hebt, ist ein echter

Fortschritt. Dabei gilt es, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und die Akteure aus dem entwicklungs- und friedenspolitischen Bereich stärker zusammen zu führen, um voneinander zu lernen und gemeinsam vorzugehen. Ein wichtiges Motiv übrigens für unsere Mitgliedschaft bei FriEnt.“

„New Deal Umsetzung braucht zivilgesellschaftliche Beteiligung“

Auch die Post-2015-Entwicklungsagenda kann vom New Deal inspiriert werden, um innovative Ansätze zu finden und alte Fehler zu vermeiden, so Lancedell Matthews von NARDA, einer liberianischen Partnerorganisation von Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, im Interview:



▶ Salzsteinwaage auf dem Basar von Itafaq in Afghanistan.
Foto: Thomas Trutschel/photothek.net

Worum geht es beim New Deal aus Ihrer Sicht?

Der New Deal ist ein Versuch, Fragilität gemeinsam zu überwinden – und zwar so, dass sowohl nachhaltige Entwicklung als auch nachhaltiger Frieden erreicht werden. Allerdings beginnen schon beim Wort „gemeinsam“ die Herausforderungen: Bisher verstehen die wenigsten Regierungen die Umsetzung des New Deal als Gemeinschaftsaufgabe. Die Partizipation der Zivilgesellschaft an New Deal Prozessen ist häufig unzureichend. Stattdessen beteiligen einige Regierungsstellen bei der Umsetzung des New Deal nicht mal andere relevante Akteure innerhalb der eigenen Regierung. Und auch auf Geberseite vermisste ich das klare Bekenntnis, dass der New Deal nicht nur „business as usual“ ist.

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt greift aktuelle Policy-Debatten auf internationaler Ebene auf und bringt internationale Akteure in den Dialog mit den FriEnt-Mitgliedern. In Bezug auf Wirkung und Friedensförderung fanden zwei Veranstaltungen statt:

Evaluierung des EU-Engagements für Krisenprävention und Friedensförderung: Neue Impulse für eine strategische EU-Friedenspolitik? (Dezember 2011)

Ein „New Deal“ für fragile Staaten – wie weiter nach Busan? (Januar 2012)

Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Akteure bei der Umsetzung des New Deal?

Meiner Meinung nach ist es die Aufgabe der Zivilgesellschaft, frische Ideen und Erfahrungen in die jeweiligen Umsetzungsprozesse einzubringen. Wir können unsere Vorstellungen äußern, wie konstruktive Staats-Gesellschafts-Beziehungen aussehen können, wie Entscheidungs- und Planungsprozesse gestaltet werden sollten und welche Kapazitäten es dafür braucht. Dafür ist es natürlich zunächst notwendig, unseren Handlungsspielraum zu sichern, um unsere Mitwirkungsmöglichkeiten und unsere Rolle als „watchdogs“ wahrnehmen zu können. Wenn diese Verpflichtung des New Deal erfüllt wird, war und ist konstruktives Engagement möglich.

Bietet der New Deal Ansatzpunkte für die Integration von Frieden und Sicherheit in die Post-2015-Entwicklungsagenda?

Ja, und zwar in dreierlei Hinsicht: Zum einen fordert der New Deal die Überwindung eines engen Verständnisses von Entwicklung und bezieht politische Fragen mit ein. Zum zweiten überwindet der New Deal das überkommene Geber-Nehmer-Verhältnis und stellt den Partnerschaftsgedanken heraus. Und er bietet Ansatzpunkte, um die Konfliktursachen in den Mittelpunkt zu rücken und nicht nur die Symptome. Dies gilt übrigens für alle Länder und nicht nur für fragile Staaten. Es ist daher wünschenswert und auch möglich, dass die neue globale Agenda Frieden und Entwicklung als sich gegenseitig verstärkende Bereiche versteht und entsprechende Ziele vereinbart werden.



Kinder im Kindergarten von Kpalimé, Togo, erlernen gewaltfreie Verhaltensmuster. Foto: Helge Bendel/Brot für die Welt

Kernkompetenz für wirksame Konflikttransformation

Capacity Development ist in aller Munde. Spätestens seit der Paris Agenda und der Debatte um mehr Effizienz, Wirksamkeit und Partnerschaft steht das Konzept für mehr Ownership und Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit. Doch was muss berücksichtigt werden, damit Capacity Development für Konflikttransformation Wirkung entfaltet?

Capacity Development bedeutet zunächst einmal nicht „empowerment“ anderer, sondern wechselseitiges Lernen und Verändern. Reine Ergebnisorientierung und lineares Denken sind fehl am Platz, denn wenn viele Akteure an diesem Prozess beteiligt sind, ist immer ein wenig Zufall im Spiel. Dennoch darf Capacity Development für Konflikttransformation nicht zufällig – oder schablonenhaft – sein, sondern muss als Projekt geplant werden. Die Bedarfe der Partner bilden hierbei den Ausgangspunkt. Wirkannahmen und Wirkgrenzen müssen klar formuliert werden, unterschiedliche Ansätze – Beratung, Trainings, Supervision, Vernetzung, Süd-Südaustausch und die Bereitstellung finanzieller Ressourcen – zur Anwendung kommen.

Für Außenstehende sind Vertrauen und gegenseitiger Respekt absolut zentral – und stellen in von Unsicherheit, Angst und Misstrauen geprägten Nachkriegsgesellschaften eine besondere Herausforderung dar.

Capacity Development ist auch nicht neutral, sondern hat gesellschaftspolitische Implikationen. Unterschiedliche Dimensionen von Macht spielen dabei eine Rolle. Gerade in Konfliktkontexten muss bedacht werden, dass Individuen und Organisationen verschiedene, von außen schwer erkennbare Quellen von Macht besitzen, die für die Möglichkeiten und Grenzen von Capacity Development konstitutiv sind.

FriEnt-Aktivitäten

FriEnt-Mitglieder und internationale Gäste tauschten ihre Erfahrungen zu Capacity Development in (Post-) Konfliktsituationen bei einem von FriEnt und dem Konsortium Ziviler Friedensdienst organisierten Workshop aus. Die identifizierten Herausforderungen bildeten die Grundlage für einen kollegialen Austauschprozess. Towards Strategic Capacity Development for Conflict Transformation (Dezember 2011)

„Ein frischer Blick ist wichtig“

Interview mit Ivana Franovic, Center for Nonviolent Action, Belgrad

Welche Kernkompetenzen braucht Konflikttransformation?

Motivation! Man braucht Menschen, die sich wirklich für sozialen Wandel einsetzen möchten. Alles andere kann man entwickeln. Wer beispielsweise Vertrauen aufbauen möchte, muss als unvoreingenommen wahrgenommen werden. Dies geht nur mit einem tiefen Verständnis aller Seiten eines Konfliktes. Kommunikationsfähigkeiten sind darüber hinaus zentral: In einem konfliktiven Umfeld ist es wichtig, die richtigen Fragen zu stellen. Dabei muss man auch den Mut und die Sensibilität aufbringen, Tabus anzusprechen. Als Organisation muss man außerdem in der Lage sein, Netzwerke mit Gleichgesinnten aufzubauen und kontinuierlich zu erweitern.

Zu was können Außenstehende beitragen?

Man braucht immer einen „frischen Blick“ von außen. Deshalb sind Feedback und internationaler Erfahrungsaustausch wichtig. Manchmal fehlt auch Wissen, dann können externe Akteure dieses einbringen. Wenn Beziehungen nach einem Konflikt völlig zerstört sind, können sie Raum für Begegnung schaffen. Dennoch sollten sie nicht vergessen, dass sie immer als Außenstehende wahrgenommen werden, denn ihre Gesellschaft ist nicht betroffen. Sie sollten also Veränderungsprozesse nicht „besitzen“.



Foto: UN Photo/Louise Gubb

Gemeinsam wirksamer: Transitional Justice und Entwicklung

FriEnt-Aktivitäten

Wie wirksam sind Wahrheitskommissionen oder Kriegsverbrechertribunale? Tragen sie zu mehr Rechtstaatlichkeit, Anerkennung der Opfer oder gar Versöhnung bei – wie häufig in den Mandaten formuliert? Wissenschaft und Praxis beschäftigt diese Frage zusehends, denn nach Jahren der Euphorie mehren sich die kritischen Stimmen zur Wirkung von Transitional Justice. Unbestritten ist, dass unterschiedliche Maßnahmen zur Anwendung kommen müssen. „Wer nur auf Strafverfahren setzt, tappt in die Accountability-Falle. Sie alleine können den Bedürfnissen der Opfer nicht gerecht werden und Vertrauen in Institutionen und staatliche Schutzverantwortung nicht wiederherstellen“, so Mo Bleeker, die die Task Force Vergangenheitsarbeit im Schweizer Außenministerium leitet. Vielmehr müssten Elemente der Wahrheitsfindung, Rechenschaftspflicht und Opferentschädigung sowie staatliche Garantien der Nicht-Wiederholung schwerer Menschenrechtsverletzungen zusammengedacht werden – und zusammenwirken.

Während dieses Zusammenwirken in der Praxis schon an Grenzen stößt, stellt die Nutzung von Schnittstellen zwischen Transitional Justice Mechanismen und Entwicklungszusammenarbeit eine noch größere Herausforderung dar. Dabei sind diese Mechanismen in heutigen Postkonfliktsituationen am wirksamsten, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen von Gerechtigkeit berücksichtigt werden und Wiedergutmachung in den Fokus rückt. So hat die peruanische Wahrheitskommission in ihrem Reparationsplan die Behandlung von kriegsbedingten gesundheitlichen Schäden vorgesehen und damit eine Basis für Wiedergutmachung im Gesundheitsbereich geschaffen.

Die Kooperation mit entwicklungspolitischen Akteuren im Rahmen von Entschädigungsprogrammen scheint auf der Hand zu liegen. Doch eine Reihe von Aspekten muss dabei beachtet werden: Konfliktsensible Entwicklungszusammen-

Mit verschiedenen Aktivitäten geht FriEnt Schnittstellen von Transitional Justice, Entwicklung und Frieden nach:
Health Systems in (Post-) Conflict Situations – Transitional Justice and Peacebuilding (Mai 2011)
Gender, Reparations and Development (Februar 2012)
Transitional Justice: Aktuelle Trends und Herausforderungen (November 2012)

arbeit ersetzt keine Reparationen, für diese ist der Staat verantwortlich. Externe Akteure können die Vorbereitung und Umsetzung einer Entschädigungspolitik nur unterstützen, in dem sie Erfahrungswissen anbieten, Kapazitäten in staatlichen Institutionen aufbauen oder zivilgesellschaftliche Organisationen und Opfergruppen fördern. Eine einseitige Arbeit mit Zivilgesellschaft oder nur mit Regierung greift in jedem Fall zu kurz.

Um den transformativen Charakter von Reparations- und Entwicklungsmaßnahmen zu unterstützen, muss Gender-Aspekten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Noch viel zu häufig werden diese auf „Arbeit mit und für Frauen“ reduziert. Ebenso bedeutsam ist das „empowerment“ von Opfergruppen in diesen Prozessen: „Wir haben häufig erlebt, dass die mangelnde und verschleppte Umsetzung von Reparationsprogrammen mit ihren verwaltungstechnischen Abläufen einen entmachtenden, teils sogar retraumatisierenden Effekt haben. Die Umsetzung muss an den Bedarfen der Opfer orientiert werden“, so Usche Merk von medico international bei einem FriEnt-Workshop. „Gesundheit“ und Traumaarbeit bieten einen perfekten Ansatzpunkt, nach Krieg, Zerstörung und Gewalt das Leben wiederzugewinnen. Auch hier zeigt sich: Entwicklungszusammenarbeit und Transitional Justice können wirksamer gestaltet werden, wenn unterschiedliche Arbeitsansätze, Erfahrungen und Kompetenzen stärker aufeinander abgestimmt werden.



Entwicklungspolitische Friedensarbeit: Wechselvolle Karriere – Rosige Zukunft?

► Verankerung unterstützen

Frieden und Entwicklung sind untrennbar miteinander verbunden. Bei den zunehmenden Landkonflikten springt dies besonders in Auge, die konstruktive Rolle von Bildung bei der Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten ist ein anderes Beispiel. Fragen des Mainstreamings sind daher weiterhin aktuell. Im Rahmen des FriEnt-Jubiläumsjahres 2011 haben wir uns der Lücke von Wissen und Umsetzung im Bereich der Querschnittsverankerung gewidmet und sind auf eine Reihe von Herausforderungen gestoßen. Darauf aufbauend haben sich die FriEnt-Mitglieder in den Themenschwerpunkten Bildung, Land und Menschenrechte mit der Verankerung der Themen Friedensförderung und Krisenprävention auseinandergesetzt.

Um die Jahrtausendwende gab es ein Momentum: Die Lehren aus Ruanda und den Kriegen auf dem Balkan führten zur gesicherten Erkenntnis, dass Entwicklung niemals „konflikt-neutral“ sein kann. Im Gegenteil: Entwicklungsprozesse haben auch immer Verlierer und können Konflikte verschärfen. Spätestens jetzt war klar: Krisenprävention sowie sozio-ökonomische und politische Konfliktursachen müssen zur Liste der entwicklungspolitischen Querschnittsthemen hinzugefügt werden. Die EU hat sich darauf im Göteborger-Programm verpflichtet, der Entwicklungsausschuss der OECD entwickelte entsprechende Leitlinien und auch auf UN-Ebene gab es reichlich Bewegung – und letztlich führten diese Entwicklungen auch zur Gründung von FriEnt im Jahr 2001.

10 Jahre später haben wir im Rahmen unseres Jubiläumsjahres auf die sich anschließende – wechselvolle – Karriere von entwicklungspolitischer Friedensarbeit zurückgeblickt. In mehreren Workshops, Fachgesprächen, einer öffentlichen Podiumsdiskussion

und im Rahmen einer achtteligen Essay-Serie diskutierten Expertinnen und Experten über beachtliche Erfolge – wie die Entwicklung von Instrumenten zur konfliktensiblen Beobachtung, Planung und Evaluierung von Entwicklungsprojekten – sahen aber gleichzeitig noch einige Baustellen bei der Integration von Friedensförderung in klassische Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit. Woran liegt das?

Der Versuch einer Begründung beginnt elf Tage nach der offiziellen Gründung von FriEnt. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 wurde der Sicherheitsbegriff neu justiert. Interventionen in (Post-)Konfliktsituationen wurden zunehmend im Rahmen des „Sicherheits-Entwicklungs-Nexus“ analysiert. Integrierte Ansätze, „whole of government“, „vernetzte Sicherheit“, „zivil-militärische Zusammenarbeit“ – viele neue Begriffe wurden geprägt, um das Zusammenwirken außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Akteure in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern zu beschreiben. Neue Arbeits-

felder und Ansätze – wie die Unterstützung von Reformen im Justiz- und Sicherheitssektor, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramme – und ein starker Fokus auf Institutionen kamen für die Entwicklungszusammenarbeit hinzu.

Seitens der Entwicklungszusammenarbeit wuchs gleichzeitig die Sorge vor einer sicherheitspolitischen Vereinnahmung. Langfristig angelegte Ansätze sollten nicht einer kurzfristigen Logik unterworfen werden. Früh wurden außerdem Stimmen einer Überforderung laut. Entwicklungspolitische Friedensarbeit geriet dabei zunehmend in den Verdacht, Deckmantel für sicherheitspolitische Interessendurchsetzung zu sein. Weniger Raum blieb für das Nachdenken über eine Konkretisierung der eher vage formulierten „strukturellen Prävention“ und der sektorspezifischen Querschnittsverankerung – und damit auch über die eigenständigen Beiträge von Entwicklung für Frieden.

Langsam aber sicher wendet sich jedoch das Blatt. Das Potential klassischer entwicklungspolitischer Handlungsfelder – wie Bildung, Gesundheit oder Land – für Friedensförderung und Krisenprävention gerät in der internationalen Debatte wieder zunehmend in den Blick. Nicht nur im Sinne einer Friedensdividende, sondern vor allem hinsichtlich ihrer konstruktiven Rolle für sozialen Zusammenhalt und konstruktive Staats-Gesellschaftsbeziehungen.

„Punktueller Fortschritt“

Interview mit Dr. Wolfgang Heinrich, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Mal ehrlich: Querschnittsverankerung ist doch abgeschlossen. Muss es nicht vielmehr um die Stärkung von Krisenprävention und Friedensförderung als eigenständiges Politikfeld gehen?

Nein, ich glaube nicht, dass die Querschnittsverankerung abgeschlossen ist. Effektive Querschnittsverankerung umfasst drei Dimensionen: zum einen ist „Verstehen“ notwendig: das Erkennen einer Herausforderung, ihre systematische Analyse und das Erarbeiten von Konzepten und Strategien. Dieser Schritt, da stimme ich zu, ist in vielen Organisationen abgeschlossen. Aber dann muss das „Verstehen“ in „Handlungen“ übersetzt werden. Da sehe ich allenfalls punktueller Fortschritte. Sehr oft stellt man fest, dass die durchaus fundierten Konzepte zwar in Planungsdokumenten erwähnt werden, vielleicht auch deren Sprache übernommen wird, aber die konkrete Praxis hat sich in vielen Fällen nicht geändert. Und schließlich müssen die Erfahrungen institutionell verankert werden. Auch hier sehe ich eher punktueller Fortschritte.

Was sind denn dann die größten Herausforderungen auf staatlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite für eine effektive Querschnittsverankerung?

Nach meinem Eindruck ist die größte Herausforderung die Tatsache, dass Organisationen auf eine Vielzahl von Problemen und Impulsen reagieren müssen. Nicht nur Friedensförderung soll verankert werden, auch auf andere Anforderungen müssen oder wollen Organisationen eingehen. Nicht zuletzt absorbieren steigende Anforderungen an bürokrati-

tische Prozeduren, Forderungen nach Effektivitäts- und Effizienzsteigerungen, komplexer werdende Berichtsanforderungen sehr viel Energie und Aufmerksamkeit. Außerdem erfordert jede Verankerung einer Methode oder eines Aufgabenbereichs zusätzliche Kapazitäten in Form von Personal und Mitteln. Die gleichzeitig empfundene Notwendigkeit, auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagieren zu müssen, setzt „mainstreaming“ enge Grenzen.

Aber es kommt doch auf die Wirkung an! Wie will man denn den Erfolg konfliktensibler Arbeit messen und wo sind da die Schwierigkeiten?

Die Diskussion über konfliktensibler Entwicklungsarbeit hat erfreulicher Weise Spuren hinterlassen. Es liegt viel Wissen vor, das in der aktuellen Debatte über die Einschätzung von intendierten und nicht intendierten Wirkungen aufgegriffen werden kann – und vielfach bereits wird. Hier tragen insbesondere Strukturen wie FriEnt bei, indem sie Wissen



☞ Blick zurück nach vorn: Dr. Dan Smith (International Alert), Prof. Dirk Messner (DIE), Andrea Böhm (Die Zeit), Dr. Agnes Abuom (TAABCO) und Prof. Winrich Kühne (Johns Hopkins Universität) bei der Podiumsdiskussion am 19. Oktober 2011 anlässlich 10 Jahren FriEnt. Foto: Thomas Ecke

aus sehr verschiedenen Organisationen zusammentragen, systematisch aufarbeiten und den Organisationen damit viel Arbeit abnehmen. Eine große Schwierigkeit ist, dass wir gerade im Bereich der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung Wirkungen erst in langen Zeiträumen wirklich beschreiben können und dass es keine Blaupausen gibt, nichts, was sich übertragen ließe. Und schließlich zielt entwicklungspolitische Friedensarbeit darauf ab, Kernbereiche gesellschaftlicher Beziehungen zu verändern. Hier wirken aber zugleich sehr viele Akteure und Faktoren ein, so dass die Zuordnung von Veränderungen zu bestimmten Maßnahmen oder Akteuren besonders komplex ist.



Bildung: Ambivalente Schlüsselrolle für Entwicklung und Frieden

Bildung spielt eine Schlüsselrolle für die Prävention und Transformation von Gewaltkonflikten. Aber wie genau sieht diese Rolle aus, wenn die Ursachen für Gewaltkonflikte oftmals im Zusammenspiel mit anderen Bereichen liegen – Bildung aber von den Auswirkungen betroffen ist? Heute wissen wir, dass Bildung eine vielschichtige Rolle spielt: Sie kann sowohl Teil des Problems sein als auch zur Reduktion der Ursachen von Gewaltkonflikten beitragen.

Dabei ist ein funktionierendes Bildungssystem nicht gleichbedeutend mit einem friedensfördernden Bildungssystem. Bildung kann gesellschaftliche Konflikte verschärfen, zum Beispiel durch einen ungleichen Zugang verschiedener sozialer Gruppen zu Bildungseinrichtungen, als Instrument zur kulturellen Unterdrückung oder durch manipulierende Bildungsinhalte.

Die Beispiele sind vielfältig: So kam es in Mazedonien lange vor dem bewaffneten Konflikt im Jahr 2001 zu gewaltsamen Protesten, weil der albanischen Minderheit der Zugang zu höherer Bildung weitgehend verwehrt war. Ebenso können von Zwang geprägte Lernkulturen im schulischen Kontext die Anwendung von Gewalt außerhalb der Schule legitimieren und befördern.

Je nach Quantität, Zugang und Qualität von Bildungsangeboten kann aber auch die Bearbeitung und gewaltfreie Transformation von Konflikten unterstützt werden. Bildung kann dazu beitragen, Lehrern, Schülern, Eltern und Gemeinden Werte und Verhaltensweisen zu vermitteln, die zur Prävention und Reduzierung von Gewalt beitragen. Bildung kann zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur verstärkten Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen an politischen Prozessen beitragen – wichtige Eckpfeiler für eine friedliche Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund gehört – ob in der Prävention, während eines gewaltsamen Konflikts oder danach – die Verbreitung von Methoden und Instrumenten der Konfliktbearbeitung in der Bildungsarbeit, die konfliktssensible wie anpassungsfähige Ausgestaltung von Bildungssystemen und deren Wechselbeziehungen zu anderen gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu den Hauptanliegen entwicklungspolitischer Friedensförderung.

Gemeinsam mit seinen Mitgliedern hat FriEnt den wechselseitigen Zusammenhang zwischen Bildung, Konflikt und Friedensförderung näher in den Blick genommen. Bei einem FriEnt-Fachgespräch im Juni 2011 fiel die Bilanz gemischt aus: „Die Relevanz und der substantielle Beitrag von Bildung im internationalen wie nationalen Diskurs hat an Bedeutung gewonnen. So ist das Wissen darüber, was Schaden kann, gewachsen. Die Anwendung von Prinzipien wie do-no-harm und Konfliktsensibilität ist in der Praxis aber weniger breit verankert“, so Dr. Klaus Seitz, Leiter der Abteilung Politik bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, bei einem FriEnt-Fachgespräch im Juni 2011. Und weiter: „Es überwiegt eine doppelte Vernachlässigung des Themas: In den Debatten um Peacebuilding und Statebuilding spielt Bildung allenfalls eine randständige Rolle. Gleichzeitig wird der Bedeutung von Gewaltprävention und Friedensförderung im entwicklungspolitischen Bildungsdiskurs zu wenig Beachtung geschenkt. Notwendig ist die systematische Verzahnung von Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Bildungsarbeit.“

Im Fokus müssen dabei Fragen nach Zielsetzung und Wirkung entwicklungspolitischer Bildungsförderung stehen: Zu welchen Veränderungen sollen und können Bildungsvorhaben in fragilen und von Gewaltkonflikten geprägten Gesellschaften beitragen? Und bewähren sich unsere

Wirkannahmen bei oftmals generationenübergreifenden Transformationsprozessen in der Praxis?

Dr. Rüdiger Blumör, Fachplaner im Fach- und Methodenbereich Bildung, Gesundheit, Soziale Sicherung bei der GIZ, resümierte bei einem FriEnt-Fachgespräch im Dezember 2012: „Sensible gesellschaftliche Reform- und Transformationsprozesse und Teilhabemöglichkeiten an sozialen, politischen und ökonomischen Ressourcen einer Gesellschaft sind durch ein konfliktsensitives Bildungssystem ins Positive lenkbar und bieten Ansatzpunkte für die Förderung von Frieden, sozialem Zusammenhalt und Reduktion staatlicher Fragilität. Dafür ist bei Reformen im Bildungssektor in fragilen und von Gewaltkonflikten betroffenen Kontexten eine intensive Analyse des Konfliktkontextes und des Bildungssystems dringend geboten. Eine eingehende Analyse von Bildungssystemen kann dabei auch Auskunft über die Konfliktrisiken einer Gesellschaft geben. Erst dann rückt das ‚was‘ und ‚wie‘ in den Blick.“



♣ Was ist Frieden? Friedenspädagogin bei der Arbeit.
Foto: Helge Bendel/Brot für die Welt

Friedenspädagogik: Verständnis und Rolle auf der Spur

Bildungspolitik und -einrichtungen haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Identitäten und Verhalten und können individuelle Einstellungs- und Verhaltensänderungen bewirken. In der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung hat daher die Rolle von Friedenspädagogik in der Prävention, Transformation und Nachbereitung von gewaltsamen Konflikten an Bedeutung gewonnen. Was ist Friedenspädagogik? Kann Frieden gelernt werden? Geht es um die Vermittlung von Wissen? Oder geht es um die Bildung von Einstellungs- und Handlungsfähigkeiten für den Umgang mit Konflikten?

FriEnt-Aktivitäten

Seit 2011 unterstützt FriEnt den Austausch über die Erfahrungen, Herausforderungen und Potentiale der Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der formalen und non-formalen Bildungsarbeit und Friedensförderung in Konfliktkontexten. Seit März 2012 existiert eine Arbeitsgruppe Friedenspädagogik. Themen der Fachgespräche waren bisher:

- Die Schlüsselrolle von Bildung in der Friedensförderung (Juni 2011)
- Education building peace?! Wirkannahmen auf dem Prüfstand (Dezember 2012)

In einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe moderiert FriEnt den Austausch der Mitglieder aus Theorie und Praxis zum Verständnis, den Potentialen und Grenzen von Friedenspädagogik. Für Heike Burba vom Zivilen Friedensdienst in der GIZ besteht der Mehrwert der Arbeitsgruppe darin, gemeinsame offene Fragen zu bearbeiten und zu einer Weiterentwicklung der Friedenspädagogik insgesamt beizutragen: „Innerhalb der FriEnt-Arbeitsgruppe bemühen wir uns um eine gemeinsame Klärung von Begriffen, Konzepten und Ansätzen, der Systematisierung von Erfahrungen und der Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Wirkungsbeobachtung. Unsere Ansätze zur Förderung von Fähigkeiten oder Vermittlung von Wissen müssen zum jeweiligen Kontext passen.“

Ziel ist es aufzuzeigen, wie friedenspädagogische Ansätze zur Identitätsbildung und Wertevermittlung auf individueller Ebene in Konfliktkontexten systematisch in die Bildungsarbeit integriert und mit Ansätzen in formalen und non-formalen Bildungsbereichen verknüpft werden können.



Dorfkomitee in Nordkamerun, in dem Viehhalter und Ackerbauern gemeinsam langfristige Lösungen zur Vermeidung von Landkonflikten suchen. Foto: Erwin Geuder-Jilg/Misereor

Land als Friedensressource? Menschenrechte und Konfliktbearbeitung im Fokus

Klimawandel, Ernährungskrise, Energiekrise: Globale Probleme wie diese führen uns vor Augen, wie begrenzt die weltweiten natürlichen Ressourcen sind – und welches Konfliktpotential dies birgt. Kontinuierlich steigt der ökonomische Wert von Land und anderer Ressourcen wie Wasser, Wälder oder Fischgründe – gleichzeitig bilden diese Ressourcen die Lebensgrundlage für eine Mehrheit der lokalen Bevölkerung. Land hat also neben der trennenden, konfliktbeladenen Dimension auch ein verbindendes Potential der gemeinschaftlichen Nutzung und Wertschätzung.

Die Verteilung von Land spielt eine zentrale Rolle in vielen Konflikten und damit auch bei der Friedensförderung. Allerdings ist vielfach nicht klar, wie Land als friedensstiftende Ressource genutzt werden kann. Für eine armutsorientierte und gleichzeitig friedensstiftende Ausgestaltung der Landpolitik wäre es wichtig, Produktivkapital, Rechtsansprüche und politische Macht an arme und marginalisierte Gruppen zu übertragen, sie an wirtschaftlichen Gewinnen zu beteiligen und langfristig Lebensgrundlagen abzusichern. Landpolitiken müssen ferner historische Dimensionen einbeziehen, gendersensibel ausgerichtet und inklusiv sein.

Gleichzeitig stehen diese Friedenspotentiale von Land immer wieder in Frage, zum Beispiel durch zunehmende Agrarinvestitionen und den damit häufig verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen. Um den verantwortungsvollen Umgang mit Land zum Wohle der Bevölkerung zu verbessern, hat die Welternährungsorganisation FAO im Mai 2012 unter Beteiligung von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie kleinbäuerlichen Vereinigungen ein internationales Rahmenwerk geschaffen. Von der Umsetzung dieser Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Land, Fischgründen und Wäldern wird viel erwartet. Allerdings gibt es große Herausforderungen in Ländern, in denen rechts-

FriEnt-Aktivitäten

Wie Land als Friedensressource genutzt und ein konflikt sensibler Umgang mit natürlichen Ressourcen aussehen kann, stand im Mittelpunkt einer Reihe von FriEnt-Veranstaltungen:

„The Struggle over Land“ (Oktober 2011)

Resourcegrabbing in South-East-Asia (Dezember 2011)

Sicherung der Landrechte in Kambodscha (Juli 2012)

Landkonflikte in Indonesien – Was bieten die „Freiwilligen Leitlinien“ der FAO? (November 2012)

staatliche Mechanismen und politischer Wille fehlen. So wird etwa die Umsetzung in Indonesien stark davon abhängen, wie weit sich die lokale Zivilgesellschaft in der Landfrage engagieren und für die Respektierung und Sicherung von Landrechten der lokalen Bevölkerung gegen die Interessen von politischen Eliten und Investoren einsetzen kann.

Auch in Kambodscha stehen Landkonflikte und Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung. Lokale Landnutzende werden durch großflächige Landinvestitionen vertrieben. Die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) engagiert sich seit Jahren in Kambodscha und fordert die Einhaltung der Menschenrechte im Landsektor als Voraussetzung für soziale Inklusion und nachhaltigen Frieden. Petra Zimmermann, Regionalreferentin der hbs für Kambodscha, hebt hervor: „Die in Kambodscha vorherrschende Gewalt, insbesondere gegenüber Landvertriebenen und Personen, die sich für ihre Rechte einsetzen, ist eine der größten Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit. Land- und Wohnrechte vor allem für marginalisierte Gruppen müssen gesichert werden. Staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sind hier gefordert, die lokale Zivilgesellschaft, die sich für Menschenrechte und gewaltfreie Konfliktbearbeitung einsetzt und Reformen im Landsektor von ihrer Regierung fordert, tatkräftig zu unterstützen.“



Trauriger Spitzenplatz: Kolumbien gilt als Land mit den meisten Vertriebenen. Foto: gettyimages/AFP

Kolumbien: Hoffnung auf mehr Gerechtigkeit und Frieden

Die Menschen in Kolumbien haben durch den Beginn der Friedensverhandlungen zwischen kolumbianischer Regierung und der FARC-Guerilla im Oktober 2012 neue Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit geschöpft. Gerade die ländliche Bevölkerung hat hohe Erwartungen an ein mögliches Friedensabkommen. Dass sich Regierung und Rebellen in einem ersten Schritt auf eine Landreform geeinigt haben, werten viele Beobachter als wichtige Errungenschaft. Doch entscheidend wird die Umsetzung sein. Hier könnte ein Blick auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des im Juni 2011 verabschiedeten Gesetzes für Opfer und Landrückgabe helfen.

Die großen sozialen Unterschiede Kolumbiens, die Konzentration von Land, Konflikte um unterschiedliche Formen der Landnutzung, aber auch die staatliche Favorisierung eines Modells ländlicher Entwicklung, das auf den Ausbau der Agro-Industrie setzt, erschweren eine effektive Umsetzung des Gesetzes im Sinne der Opfer. Die Flucht aus Konfliktgebieten oder die direkte Vertreibung der Landbevölkerung zur gewaltsamen Aneignung ihres Bodens war und ist eng mit diesen Rahmenbedingungen und den bewaffneten Auseinandersetzungen verbunden. Vor allem die Widersprüche zwischen dem Opfer- und Landrückgabegesetz und der nationalen Landpolitik beeinträchtigen eine wirksame kohärente Politik für eine gerechte Landrückgabe und eine neue Perspektive für die kleinbäuerliche Bevölkerung.

Für die Opfer ist es bisher sehr schwierig, Land effektiv zurückzufordern. Bewaffnete Gruppen formieren sich gegen die Landrückgabe. Opfer, die Anzeige erstatten oder Anträge stellen und zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich für die Landrückgabe einsetzen, werden durch Stigmatisierung, Drohungen, Ermordungen und Zwangsumsiedlungen eingeschüchtert. Frauen, Indigene und Afrokolumbianer werden diskriminiert und ihre Ansprüche auf Rückführung oft nicht anerkannt.

FriEnt-Aktivitäten

Unter anderem mit den Chancen und Risiken des Opferentschädigungs- und Landrückgabegesetzes beschäftigte sich der FriEnt-Rundtisch Kolumbien.

Das Opfer- und Landrückgabegesetz: Einen Schritt vorwärts? (Oktober 2011)

Mehr Gerechtigkeit per Gesetz? (Juni 2012)

Die deutsche EZ in der Region Macarena (August 2012)

Bei allen Problemen darf aber nicht vergessen werden, dass das Gesetz und die bei den Friedensverhandlungen beschlossene Landreform das Potential hätten, neue Räume und Prozesse für mehr Gerechtigkeit und eine zumindest teilweise Landrückgabe zu erschließen. Wenn der Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Landrechtsorganisationen verbessert werden kann und Gewaltverbrechen im Zusammenhang mit Landrückgabeforderungen zurückgehen, dann steigen auch die Chancen einer effektiven Umsetzung des Gesetzes und einer Landreform in den Regionen. „Dazu ist vor allem eine klare Haltung und Unterstützung der nationalen Regierung notwendig. Sie muss gegen Korruption und bestehende Machtstrukturen zwischen politischen und ökonomischen Eliten, organisierter Kriminalität und bewaffneten Gruppen vorgehen und die Verantwortung für eine effektive Umsetzung des Gesetzes auf lokaler Ebene übernehmen“, so Susanne Breuer, Länderreferentin Kolumbien bei Misereor.

Internationale Akteure sollten die kolumbianische Regierung in der Notwendigkeit der Landrückgabe bestärken und auf die institutionellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gesetzes hinwirken. Vor allem aber ist Unterstützung gefragt, um den rückkehrenden Menschen Schutz und neue Perspektiven zu geben, damit sie sich eine Zukunft aufbauen können.



◀ Foto: Christoph Krackhardt/Brot für die Welt

Publikationen

Verhandeln bevor es zu spät ist? Präventive Diplomatie 20 Jahre nach der Agenda für den Frieden

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2012, Brot für die Welt-EED, FES, FriEnt | 2013

FriEnt's Tour d'Horizon of the Inclusion of Economic and Social Dimensions into Transitional Justice

Sylvia Servaes | FriEnt | 2012

Legacies of Violence und die Arbeit mit „neuen Eliten“ in Postkonfliktsituationen

Dokumentation des FriEnt-Fachgesprächs am 11. Juni 2012
Kathrin Lorenz, Marius Müller-Hennig | FriEnt | 2012

A New Deal for Fragile States: International Engagement after Busan

Workshop Report | 19 January 2012

Marc Baxmann, Johannes Hamacher, Andreas Wittkowsky | FriEnt | 2012

Neuer Staat, endlich Frieden? Lehren des „Statebuilding“ vom Kosovo über Somaliland bis zum Südsudan

Dokumentation der Podiumsdiskussion zum Internationalen Friedenstag 2011, EED, FES, FriEnt | 2012

Transitional Justice und Friedensförderung

Natascha Zupan | in: Friedensforum 4/2012

Frieden und Entwicklung: Mit oder ohne Transitional Justice?

Natascha Zupan | in: Andreas Heinemann-Grüder und Isabella Bauer (Hg): Zivile Konfliktbearbeitung: Vom Anspruch zur Wirklichkeit (2012)

Entwicklung in unsicheren Gefilden

FriEnt Briefing 10/2011

Marius Müller-Hennig, Bodo Schulze, Natascha Zupan | FriEnt | 2011

Democracy, Democratisation and Peace – Lessons from Recent Experience

Essay by Dan Smith, International Alert | FriEnt | 2011

Land, Conflict and the Challenge of Pro-poor Peacebuilding

Essay by Saturnino M. Borrás Jr. and Jennifer C. Franco, Transnational Institute | FriEnt | 2011

Peacebuilding at the UN over the last 10 years

Essay by Vanessa Wyeth, International Peace Institute | FriEnt | 2011

Fixing Obstacles Blocking a Multi-Stakeholder Approach to Peace and Development

Essay by Prof. Lisa Schirch, Director of 3P Human Security: Partners for Peacebuilding Policy | FriEnt | 2011

Education and Peacebuilding: from 'Conflict-Analysis' to 'Conflict Transformation'?

Essay by Alan Smith, UNESCO Chair, University of Ulster | FriEnt | 2011

Linking Peacebuilding and Health in Post-Conflict Settings

Essay by Lisa J. Laplante, University of Connecticut | FriEnt | 2011

The EU and Conflict Prevention: A Ten Year Assessment

Essay by Dr. Simon Duke, European Institute of Public Administration | FriEnt | 2011

Challenges for Development-oriented Peace Work: Old and New Ways Forward

Essay by Natascha Zupan | FriEnt | 2011

Ägyptens steiniger Weg zu Frieden und Entwicklung

Sonderausgabe der FriEnt-Impulse | April 2011

Peacebuilding is Not a Puzzle

Natascha Zupan | in: Wissenschaft & Frieden 2011-4

Kommunikation: Vielfalt im Blick

Wer an der Schnittstelle von Frieden und Entwicklung arbeitet, sieht sich einer Flut von Informationen gegenüber. Denn die „community of practice“ wächst: Ansätze und Entwicklungen in anderen Bereichen müssen im Blick behalten werden, um angesichts komplexer Situationen Synergien und gemeinsame Ziele zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund kommen Wissensmanagement und Kommunikation eine besondere Bedeutung zu. Unser Anspruch ist und bleibt es, mit einem Angebot aufzuwarten, das das Interesse unserer Mitglieder trifft und dabei ansprechend und umsetzungsorientiert gestaltet ist. Gleichzeitig wollen wir unsere Inhalte und die Ergebnisse unserer Arbeit auch in den öffentlichen und politischen Raum tragen.

Diese unterschiedlichen Ansprüche haben wir in der Gestaltung der neuen Homepage sowie in der weiteren Ausdifferenzierung unserer Kommunikationsinstrumente berücksichtigt. So ist FriEnt inzwischen auch bei Twitter aktiv, wo Komplexität auf 140 Zeichen reduziert werden muss. Mit dem FriEnt-Blog suchen wir den Dialog über aktuelle Trends und Prozesse auf internationaler Ebene.

Die FriEnt-Impulse haben sich als geschätzte Informationsquelle fest etabliert. In den Impuls-Artikeln mischen sich jeden Monat namhafte Autorinnen und Autoren in laufende friedens- und entwicklungspolitische Diskussionen ein – etwa in die Umsetzung des New Deal oder die Post-2015-Entwicklungsagenda – und blicken auf friedensrelevante Entwicklungen in einzelnen Ländern – zum Beispiel in Ägypten, Tunesien, Kenia, Mali oder Myanmar. Eine achteilige Essayserie begleitete die Aktivitäten in unserem Jubiläumsjahr 2011. In der Gesamtschau sind sich die Autorinnen und Autoren einig: Die vielfältigen und eigenständigen Beiträge von Entwicklung für Frieden gilt es sichtbar zu machen – und über deren Potentiale auch mit anderen „communities“ in den Dialog zu kommen.



FriEnt im Detail

Lenkungsausschuss

	Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
Brot für die Welt	Dr. Wolfgang Heinrich (Vorsitz)	Heiner Knauss (bis Okt. 2012)
BMZ	Christine Toetzke (Vorsitz)	Gundula Weitz-Huthmann
GIZ	Dr. Roman Poeschke	Dunja Brede
FES	Jochen Steinhilber	Armin Hasemann
hbs	Steffen Heizmann	Dr. Kirsten Maas-Albert
KZE/Misereor	Michael Hippler	Norbert Dittrich
Konsortium ZFD	Bernd Rieche, AGDF	Martin Vehrenberg, AGEH
Plattform ZKB/INEF	Ulrich Frey, Plattform ZKB	Dr. Cornelia Ulbert , INEF
ZIF	Dr. Almut Wieland-Karimi	Tobias Pietz

Team

Natascha Zupan	Leitung
Brigitte Kirschner	Sekretariat, Redaktion Website
Marc Baxmann	Internationale Prozesse, Kommunikation
Anja Justen, Konsortium ZFD	Indonesien, Bildung
Caroline Kruckow, Brot für die Welt	Südkaucasus, Landkonflikte
Christine Meissler, GIZ	Kolumbien, Menschenrechte und Friedensförderung
Jana Mittag, hbs	Demokratieförderung, Menschenrechte und Friedensförderung
Marius Müller-Hennig, FES	UN, Friedensentwicklung und Sicherheit
Bodo Schulze, BMZ	Nahost, Friedensentwicklung und Sicherheit
Sylvia Servaes, KZE/Misereor	Nepal, Transitional Justice
Angelika Spelten, Plattform ZKB/INEF	Kenia, Prävention
Dr. Andreas Wittkowsky, ZIF	Friedensoperationen, Friedensentwicklung und Sicherheit

FriEnt ist eine Arbeitsgemeinschaft von:

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
Heinrich-Böll-Stiftung (hbs)
Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe/Misereor
Konsortium Ziviler Friedensdienst
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung/Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

